



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

SCHULDENBREMSE

Und alle Dämme brechen

Im Stakkato bewilligte Staatshilfen für notleidende Branchen, Bürgschaften für den Mittelstand, Rettungskonzepte für einzelne Firmen wie Opel, Abwrackprämien für Automobile: Allein in diesem und im nächsten Jahr dürfte die Nettoneuverschuldung des Staates weit über 200 Milliarden Euro betragen. Die Staatsschuld wird mehr als 1,8 Billionen Euro erreichen und von heute 66 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf weit mehr als 70 in diesem und auf etwa 80 Prozent im nächsten Jahr hochschnellen.

Um die explodierenden Staatsschulden langfristig zu stoppen, hat der Bundestag einer Verfassungsänderung zugestimmt, die dem Bund ab 2016 kaum noch und den Ländern ab 2020 überhaupt nicht mehr erlauben wird, frische Kredite aufzunehmen. So weit, so gut. An der Glaubwürdigkeit der Schuldenbremse sei nicht gezweifelt, nur weil sie erst nach mindestens drei künftigen Parlamentswahlen ihre volle Kraft entfalten wird und sie somit für den heutigen und die nächsten Finanzminister wenig bindend wirkt. Ebenso wenig sei künftigen Finanzministern unterstellt, dass sie sich auf die im Gesetz vorgesehenen außergewöhnlichen Notsituationen berufen werden, um die Schuldenbremse auszuhebeln – so wie es frühere Minister gemacht haben, wenn sie eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts geltend gemacht haben, um die bereits im Artikel 115 des Grundgesetzes verankerte Neuverschuldungsgrenze zu durchbrechen.

Nimmt man die Schuldenbremse also ernst, stellt sich die Frage: Wie soll das gehen? In der Theorie ist es einfach: Man erhöht die Einnahmen und reduziert die Ausgaben. In der Praxis ist beides nicht so einfach. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müsste man Steuern eher senken als anheben und Staatsausgaben eher hoch- statt runterfahren. Erst in wirtschaftlich guten Zeiten besteht dann überhaupt Handlungsspielraum, die Staatsausgaben zu reduzieren und die Steuern zu erhöhen.

Die Schuldenbremse ist somit das eine. Das andere bleibt nun, konkret zu sagen, mit welcher Steuerpolitik man das Ziel erreichen will. Das sind keine angenehmen Botschaften. Denn die Überschuldung der öffentlichen Haushalte wird sich nicht durch eine kosmetische Drehung an einzelnen Stellschrauben erreichen lassen. Es wird nicht ohne eine ganz grundlegende, ja fast revolutionäre Steuerreform gehen, die in der nächsten Legislatur auf den Weg zu bringen ist. Sie wird zu deutlich mehr Steuereinnahmen und deutlich weniger Staatsausgaben führen müssen. Wer aber wagt es, diese bittere Wahrheit in einem Bundestagswahljahr auszusprechen?

Dieser Beitrag ist am 4. Juni 2009 im „Rheinischen Merkur“ erschienen.